

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

#### I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

- ★ **Verordnung (Euratom) Nr. 1493/93 des Rates vom 8. Juni 1993 über die Verbringung radioaktiver Stoffe zwischen den Mitgliedstaaten** ..... 1

Verordnung (EWG) Nr. 1494/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen ..... 8

Verordnung (EWG) Nr. 1495/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden ..... 10
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 1496/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Freistellung einiger Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zum öffentlichen Ankauf von bestimmtem Obst und Gemüse** ..... 12
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 1497/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 388/92, (EWG) Nr. 1727/92 und (EWG) Nr. 1728/92 mit besonderen Durchführungsbestimmungen zur Versorgung der französischen überseeischen Departements, der Azoren, Madeiras und der Kanarischen Inseln** ..... 13

Verordnung (EWG) Nr. 1498/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis ..... 15

Verordnung (EWG) Nr. 1499/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis ..... 17
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 1500/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 über den Verkauf von Interventionsrindfleisch zur Ausfuhr nach der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84** ..... 19

Verordnung (EWG) Nr. 1501/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1453/93 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in Argentinien ..... 25

Inhalt (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 1502/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker .....	26
Verordnung (EWG) Nr. 1503/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung .....	28
Verordnung (EWG) Nr. 1504/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse .....	30
* Verordnung (EWG) Nr. 1505/93 der Kommission vom 18. Juni 1993 mit Sondermaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 650/93 im Sektor Schweinefleisch .....	32

---

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

93/357/EWG :

- \* Entscheidung des Rates vom 26. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen .....

93/358/EWG :

- \* Entscheidung des Rates vom 26. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in Kanada — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen .....

Kommission

93/359/EWG :

- \* Entscheidung der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen .....

93/360/EWG :

- \* Entscheidung der Kommission vom 28. Mai 1993 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen .....

## I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EURATOM) Nr. 1493/93 DES RATES****vom 8. Juni 1993****über die Verbringung radioaktiver Stoffe zwischen den Mitgliedstaaten**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 31 und 32,

aufgrund des Vorschlags der Kommission<sup>(1)</sup>, der nach einer Stellungnahme der Gruppe von Personen erarbeitet wurde, die der Ausschuß für Wissenschaft und Technik aus dem Kreis der wissenschaftlichen Sachverständigen der Mitgliedstaaten ernannt hat,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments<sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Rat hat am 2. Februar 1959 Richtlinien zur Festlegung der Grundnormen für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen<sup>(4)</sup> erlassen, die insbesondere mit der Richtlinie 80/836/Euratom<sup>(5)</sup> geändert worden sind.

Gemäß Artikel 3 der Richtlinie 80/836/Euratom haben die Mitgliedstaaten die Tätigkeiten, die eine Gefährdung durch ionisierende Strahlungen mit sich bringen, der Anmeldepflicht zu unterwerfen. Unter Berücksichtigung der möglichen Gefahren und anderer sachdienlicher Erwägungen unterliegen diese Tätigkeiten in den von jedem Mitgliedstaat festzulegenden Fällen einer vorherigen Genehmigung.

Um den Verpflichtungen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 80/836/Euratom nachzukommen, haben die Mitgliedstaaten folglich einzelstaatliche Regelungen eingeführt. Die Mitgliedstaaten gewährleisten in ihren Hoheitsge-

bieten durch interne Kontrollen aufgrund von einzelstaatlichen, mit den bestehenden gemeinschaftlichen und internationalen Verpflichtungen zu vereinbarenden Vorschriften weiterhin ein vergleichbares Schutzniveau.

Verbringungen radioaktiver Abfälle von einem Mitgliedstaat in einen anderen, in die Gemeinschaft und aus der Gemeinschaft unterliegen den spezifischen Maßnahmen gemäß der Richtlinie 92/3/Euratom<sup>(6)</sup>. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, spätestens zum 1. Januar 1994 die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft zu setzen, die erforderlich sind, um der Richtlinie 92/3/Euratom nachzukommen. Jeder Mitgliedstaat sollte für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Behandlung der in seinem Hoheitsgebiet anfallenden radioaktiven Abfälle verantwortlich sein.

Aufgrund der Abschaffung der Grenzkontrollen in der Gemeinschaft ab dem 1. Januar 1993 erhalten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten nicht länger die Informationen, die sie bislang bei der Kontrolle der Verbringung radioaktiver Stoffe erhielten. Die betroffenen Behörden bedürfen des gleichen Informationsniveaus wie zuvor, um ihre Kontrollen zum Strahlenschutz durchführen zu können. Durch eine gemeinschaftliche Erklärungs- und Unterrichtsregelung könnte die Beibehaltung der Strahlenschutzkontrolle erleichtert werden. Für die Verbringung von umschlossenen Strahlenquellen und von radioaktiven Abfällen ist daher ein System mit einer vorherigen Erklärung erforderlich.

Besondere spaltbare Stoffe im Sinne des Artikels 197 des EAG-Vertrags fallen unter die Bestimmungen des Zweiten Titels Kapitel VII — Überwachung der Sicherheit — jenes Vertrags. Die Beförderung dieses Materials unterliegt den Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und der Kommission nach dem Internationalen Übereinkommen über den Objektschutz von Kernmaterial (IAEO 1980).

Die vorliegende Verordnung läßt die Informationsübermittlung und die Kontrollen zu anderen Zwecken als dem Strahlenschutz unberührt —

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. C 347 vom 31. 12. 1992, S. 17.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. C 150 vom 31. 5. 1993.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. C 19 vom 25. 1. 1993, S. 13.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. 11 vom 20. 2. 1959, S. 221/59.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 246 vom 17. 9. 1980, S. 1. Richtlinie geändert durch die Richtlinie 84/467/Euratom (ABl. Nr. L 265 vom 5. 10. 1984, S. 4).

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 35 vom 12. 2. 1992, S. 24.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

(1) Diese Verordnung gilt für Verbindungen umschlossener und anderer Strahlenquellen von einem Mitgliedstaat in einen anderen, wenn Menge und Konzentration die Werte nach Artikel 4 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 80/836/Euratom überschreiten. Sie gilt ebenso für Verbringungen radioaktiver Abfälle von einem Mitgliedstaat in einen anderen im Sinne der Richtlinie 92/3/Euratom.

(2) Im Fall von Kernmaterialien führt jeder Mitgliedstaat innerhalb seines Hoheitsgebiets alle erforderlichen Kontrollen durch, um sicherzustellen, daß alle Empfänger von Kernmaterialien, die aus einem anderen Mitgliedstaat verbracht werden, die innerstaatlichen Vorschriften zur Durchführung des Artikels 3 der Richtlinie 80/836/Euratom einhalten.

*Artikel 2*

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

- „Verbringung“ die Vorgänge zur Beförderung radioaktiver Stoffe vom Ausgangs- zum Bestimmungsort, einschließlich Be- und Entladung;
- „Besitzer“ radioaktiver Stoffe jede natürliche oder juristische Person, die nach einzelstaatlichem Recht für solche Stoffe vor ihrer Verbringung rechtlich verantwortlich ist und ihre Verbringung zu einem Empfänger durchzuführen beabsichtigt;
- „Empfänger“ radioaktiver Stoffe jede natürliche oder juristische Person, zu der solche Stoffe verbracht werden;
- „umschlossene Strahlenquelle“ eine Strahlenquelle gemäß der Begriffsbestimmung in der Richtlinie 80/836/Euratom;
- „andere Strahlenquelle“ einen radioaktiven Stoff, bei dem es sich nicht um eine umschlossene Strahlenquelle handelt und dessen ionisierende Strahlungen direkt oder indirekt für medizinische, tierärztliche, gewerbliche, kommerzielle, forschungsbezogene oder landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden sollen;
- „radioaktive Abfälle“ Abfälle gemäß der Begriffsbestimmung in der Richtlinie 92/3/Euratom;
- „Kernmaterialien“ besondere spaltbare Stoffe, Ausgangsstoffe und Erze gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 197 des EAG-Vertrags;
- „zuständige Behörden“ die im jeweiligen Mitgliedstaat für die Anwendung oder verwaltungstechnische Durchführung dieser Verordnung verantwortliche Behörde oder eine andere von dem Mitgliedstaat benannte Behörde;
- „Aktivität“ die Aktivität gemäß der Begriffsbestimmung in der Richtlinie 80/836/Euratom.

*Artikel 3*

Strahlenschutz-Kontrollen bei der Verbringung von umschlossenen Strahlenquellen, anderen Strahlenquellen und radioaktiven Abfällen zwischen den Mitgliedstaaten aufgrund gemeinschaftlicher oder einzelstaatlicher

Rechtsvorschriften erfolgen als Teil der Kontrollverfahren, die in dem gesamten Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats in nicht diskriminierender Weise angewandt werden.

*Artikel 4*

(1) Der Besitzer umschlossener Strahlenquellen oder radioaktiver Abfälle, der diese an einen anderen Ort verbringen oder verbringen lassen will, muß von dem Empfänger der radioaktiven Stoffe eine vorherige schriftliche Erklärung einholen, wonach der Empfänger in dem Mitgliedstaat, in den die Verbringung erfolgt, alle geltenden Bestimmungen zur Durchführung von Artikel 3 der Richtlinie 80/836/Euratom sowie den einschlägigen nationalen Vorschriften für die sichere Lagerung, Verwendung oder Entsorgung dieser Kategorie von Strahlenquellen oder Abfällen entsprochen hat.

Für diese Erklärung sind die in den Anhängen I und II dieser Verordnung enthaltenen Standarddokumente zu verwenden.

(2) Der Empfänger sendet die in Absatz 1 genannte Erklärung an die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in den die Verbringung erfolgt. Die Kenntnisnahme von der Erklärung ist von der zuständigen Behörde mit ihrem Stempel auf dem Dokument zu bestätigen; die Erklärung ist sodann vom Empfänger an den Besitzer zu senden.

*Artikel 5*

(1) Die in Artikel 4 genannte Erklärung kann für mehr als eine Verbringung gelten, wenn

- die umschlossenen Strahlenquellen oder radioaktiven Abfälle, auf die sie sich bezieht, im wesentlichen dieselben physikalischen und chemischen Eigenschaften aufweisen,
- die umschlossenen Strahlenquellen oder radioaktiven Abfälle, auf die sie sich bezieht, die in der Erklärung genannten Aktivitätswerte nicht überschreiten und
- die Verbringung von demselben Besitzer zu demselben Empfänger erfolgen und dieselben zuständigen Behörden eingeschaltet werden.

(2) Die Erklärung hat eine Gültigkeitsdauer von höchstens drei Jahren ab dem Zeitpunkt der Stempelung durch die zuständige Behörde nach Artikel 4 Absatz 2.

*Artikel 6*

Der Besitzer von umschlossenen Strahlenquellen, anderen Strahlenquellen und radioaktiven Abfällen, der diese von einem Ort zu einem anderen Ort verbracht hat oder verbringen ließ, übermittelt den zuständigen Behörden des Bestimmungsmitgliedstaats binnen 21 Tagen nach jedem Quartalsende folgende Angaben über die im Quartal erfolgten Lieferungen:

- Name und Anschrift der Empfänger;
- Gesamtaktivität je Radionuklid, das an den jeweiligen Empfänger geliefert wurde, sowie Anzahl der Lieferungen;
- höchste Einzelmenge eines jeden an den jeweiligen Empfänger gelieferten Radionuklids;
- Art des Stoffes: umschlossene Strahlenquelle, andere Strahlenquelle oder radioaktive Abfälle.

Die erste Aufstellung erfaßt den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1993.

*Artikel 7*

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung zu gewährleisten.

*Artikel 8*

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission bis zum 1. Juli 1993 die Namen und Anschriften der zuständigen Behörden im Sinne von Artikel 2 und alle zweckdienlichen Informationen für eine rasche Kontaktaufnahme mit diesen Behörden mit.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission Änderungen dieser Angaben mit.

Die Kommission leitet diese Informationen sowie alle Änderungen an alle zuständigen Behörden in der Gemeinschaft weiter und veröffentlicht Informationen

und Änderungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*.

*Artikel 9*

Bestehende einzelstaatliche Rechtsvorschriften und internationale Übereinkünfte über die Beförderung einschließlich des Transits radioaktiver Stoffe bleiben durch diese Verordnung unberührt.

*Artikel 10*

Die Verpflichtungen und Rechte gemäß der Richtlinie 92/3/Euratom bleiben durch diese Verordnung unberührt.

*Artikel 11*

(1) Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

(2) Die Geltungsdauer dieser Verordnung endet für radioaktive Abfälle am 1. Januar 1994.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Luxemburg am 8. Juni 1993.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

N. HELVEG PETERSEN

ANHANG I

VERBRINGUNG UMSCHLOSSENER STRAHLENQUELLEN ZWISCHEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Standarderklärung gemäß der Verordnung (Euratom) Nr. 1493/93 des Rates

Hinweis :

- Der Empfänger von umschlossenen Strahlenquellen füllt die Felder 1 bis 5 aus und reicht die Erklärung dann bei der zuständigen Behörde seines Landes ein.
- Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in den die Verbringung erfolgt, füllt das Feld 6 aus und schickt die Erklärung an den Empfänger zurück.
- Der Empfänger schickt anschließend diese Erklärung vor der Verbringung der umschlossenen Strahlenquellen an den Besitzer im Versandland.
- Alle nachstehenden Felder sind auszufüllen bzw. die entsprechenden Kästchen anzukreuzen.

1. DIESE ERKLÄRUNG BETRIFFT: EINE VERBRINGUNG

[ ] (Diese Erklärung gilt bis zur vollständigen Abwicklung der Verbringung, sofern in Feld 6 nicht anders angegeben)

voraussichtlicher Tag der Verbringung (falls bekannt): .....

MEHRERE VERBRINGUNGEN

[ ] (Diese Erklärung gilt für drei Jahre, sofern in Feld 6 nicht anders angegeben)

2. BESTIMMUNG DER STRAHLENQUELLE(N)

Name des Empfängers: .....

Ansprechpartner: .....

Anschrift: .....

Telefon: ..... Telefax: .....

3. BESITZER DER STRAHLENQUELLE(N) IM VERSANDLAND

Name des Besitzers: .....

Ansprechpartner: .....

Anschrift: .....

Telefon: ..... Telefax: .....

4. BESCHREIBUNG DER ZU VERBRINGENDEN STRAHLENQUELLE(N)

a) Radionuklid(e):

b) Höchstaktivität jeder einzelnen Strahlenquelle (MBq):

c) Anzahl Strahlenquellen:

Table with 3 columns and 3 rows for activity and quantity data.

d) Falls die umschlossene(n) Strahlenquelle(n) in eine Maschine, eine Vorrichtung oder ein Gerät eingebaut ist (sind), kurze Beschreibung der Maschine, der Vorrichtung bzw. des Geräts: .....

e) Angabe (falls bekannt und von den zuständigen Behörden verlangt)

- der nationalen oder internationalen Standards, denen die umschlossene Strahlenquelle(n) entspricht/entsprechen und Bescheinigungsnummer: .....

- Ablaufdatum der Bescheinigung: .....

- Name des Herstellers und Katalognummer: .....

**5. ERKLÄRUNG DER BEFUGTEN BZW. VERANTWORTLICHEN PERSON**

- Der Empfänger bescheinigt hiermit die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.
- Der Empfänger bescheinigt hiermit, daß er über eine Zulassung, Ermächtigung oder anderweitige Genehmigung zum Empfang der vorstehend beschriebenen Strahlenquelle(n) verfügt.  
 Nummer der Zulassung, Ermächtigung oder anderweitigen Genehmigung (falls zutreffend) und Gültigkeitsdauer: .....
- Der Empfänger bescheinigt hiermit, daß er alle nationalen Vorschriften, wie z. B. die Vorschriften für die sichere Lagerung, Verwendung oder Entsorgung der vorstehend beschriebenen Strahlenquelle(n), einhält.

Name : ..... Unterschrift des Empfängers : ..... Datum : .....

**6. BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE DES EMPFÄNGERLANDES, DASS SIE VON DIESER ERKLÄRUNG KENNTNIS GENOMMEN HAT**

Stempel :

Bezeichnung der Behörde : .....

Anschrift : .....

Telefon : ..... Telefax : .....

Datum : .....

Diese Erklärung ist gültig bis ..... (falls zutreffend)

*Zur Gültigkeitsdauer dieser Erklärung siehe Feld 1.*

## ANHANG II

**VERBRINGUNG RADIOAKTIVER ABFÄLLE ZWISCHEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT****Standarderklärung gemäß der Verordnung (Euratom) Nr. 1493/93 des Rates****Hinweis :**

- Der Empfänger von radioaktiven Abfällen füllt die Felder 1 bis 6 aus und reicht die Erklärung dann bei der zuständigen Behörde seines Landes ein.
- Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in den die Verbringung erfolgt, füllt das Feld 7 aus und schickt die Erklärung an den Empfänger zurück.
- Der Empfänger schickt anschließend diese Erklärung vor der Verbringung der radioaktiven Abfälle an den Besitzer im Versandland.
- Alle nachstehenden Felder sind auszufüllen bzw. die entsprechenden Kästchen anzukreuzen.
- Ab dem 1. Januar 1994 entfällt diese Erklärung.

1. **DIESE ERKLÄRUNG BETRIFFT:**      EINE VERBRINGUNG
- voraussichtlicher Tag der Verbringung (falls bekannt): .....
- .....
- MEHRERE VERBRINGUNGEN

**2. BESTIMMUNG DER RADIOAKTIVEN ABFÄLLE**

Name des Empfängers: .....

Ansprechpartner: .....

Anschrift: .....

.....

Telefon: .....      Telefax: .....

**3. BESITZER DER RADIOAKTIVEN ABFÄLLE IM VERSANDLAND**

Name des Besitzers: .....

Ansprechpartner: .....

Anschrift: .....

.....

Telefon: .....      Telefax: .....

**4. ART DER RADIOAKTIVEN ABFÄLLE**

- a) Beschreibung der Abfälle: .....
- .....
- .....
- b) Herkunft der Abfälle (z. B. Medizin, Forschung, Energieerzeugung usw.): .....
- c) Wichtigste Radionuklide: .....
- d) Maximale Alpha-Aktivität pro Verbringung(en) (Bq): .....
- e) Maximale Beta/Gamma-Aktivität pro Verbringung(en) (Bq): .....
- f) Maximale Abfallmenge pro Verbringung(en) oder Masse (m<sup>3</sup> oder kg): .....
- g) Anzahl der Verbringungen: .....

**5. ZWECK DER VERBRINGUNG**

(Aufbereitung, Lagerung, Entsorgung der Abfälle usw.)

**6. ERKLÄRUNG DER BEFUGTEN BZW. VERANTWORTLICHEN PERSON**

- Der Empfänger bescheinigt hiermit die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.
- Der Empfänger bescheinigt hiermit, daß er über eine Zulassung, Ermächtigung oder anderweitige Genehmigung zum Empfang der vorstehend beschriebenen radioaktiven Abfälle verfügt.  
 Nummer der Zulassung, Ermächtigung oder anderweitigen Genehmigung (falls zutreffend) und Gültigkeitsdauer: .....
- Der Empfänger bescheinigt hiermit, daß er alle nationalen Vorschriften für die sichere Lagerung oder Entsorgung der vorstehend beschriebenen radioaktiven Abfälle einhält.

Name: ..... Unterschrift des Empfängers: ..... Datum: .....

**7. BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE DES EMPFÄNGERLANDES, DASS SIE VON DIESER ERKLÄRUNG KENNTNIS GENOMMEN HAT**

Stempel :

Bezeichnung der Behörde: .....

Anschrift: .....

Telefon: ..... Telefax: .....

Datum: .....

Diese Bestätigung ist gültig bis ..... (falls zutreffend)

*Zur Gültigkeitsdauer dieser Erklärung siehe Hinweis auf Seite 1.*

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1494/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen  
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1738/92<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13  
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates  
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und  
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-  
denden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen  
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu  
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 762/93 der Kommission<sup>(4)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungs-  
regelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung derAbschöpfungen bei den floatenden Währungen der im  
Referenzzeitraum vom 17. Juni 1993 festgestellte reprä-  
sentative Marktkurs anzuwenden.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)  
Nr. 762/93 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen  
Angebotspreise und Notierungen, von denen die  
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der  
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu  
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und  
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-  
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang  
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 79 vom 1. 4. 1993, S. 11.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

KN-Code	Drittländer (*)
0709 90 60	140,29 (2) (3)
0712 90 19	140,29 (2) (3)
1001 10 00	178,38 (1) (3)
1001 90 91	153,75
1001 90 99	153,75 (2)
1002 00 00	153,27 (2)
1003 00 10	139,74
1003 00 20	139,74
1003 00 80	139,74 (2)
1004 00 00	118,70
1005 10 90	140,29 (2) (3)
1005 90 00	140,29 (2) (3)
1007 00 90	144,97 (2)
1008 10 00	50,88 (2)
1008 20 00	104,91 (2)
1008 30 00	55,11 (2)
1008 90 10	(7)
1008 90 90	55,11
1101 00 00	227,85 (2)
1102 10 00	227,74
1103 11 30	287,44
1103 11 50	287,44
1103 11 90	244,43

(1) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(2) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in die französischen überseeischen Departements erhoben.

(3) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

(4) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten, wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.

(5) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(6) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1902/92 (ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 3), und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 560/91 (ABl. Nr. L 62 vom 8. 3. 1991, S. 26), bestimmt.

(7) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

(8) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten Abschöpfungen nur erhoben, wenn Absatz 4 desselben Artikels angewandt wird.

(9) Auf Erzeugnisse dieses Codes, die aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft geschlossenen Interimsabkommen mit einer gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 585/92 erteilten Bescheinigung EUR 1 eingeführt werden, werden die im Anhang der genannten Verordnung angegebenen Abschöpfungen erhoben.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1495/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1738/92<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 15  
Absatz 6,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates  
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und  
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-  
denden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und  
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 3874/92 der Kommission<sup>(4)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-  
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung derAbschöpfungen bei den floatenden Währungen der im  
Referenzzeitraum vom 17. Juni 1993 festgestellte reprä-  
sentative Marktkurs anzuwenden.Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden  
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,  
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-  
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung  
(EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöp-  
fungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Dritt-  
ländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 390 vom 31. 12. 1992, S. 121.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

## A. Getreide und Mehl

(ECU / Tonne)

KN-Code	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 00	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	2,07	2,07	2,07
1003 00 20	0	2,07	2,07	2,07
1003 00 80	0	2,07	2,07	2,07
1004 00 00	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

## B. Malz

(ECU / Tonne)

KN-Code	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9	4. Term. 10
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	3,68	3,68	3,68	3,68
1107 10 99	0	2,75	2,75	2,75	2,75
1107 20 00	0	3,21	3,21	3,21	3,21

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1496/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Freistellung einiger Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zum öffentlichen Ankauf von bestimmtem Obst und Gemüse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates  
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Obst und Gemüse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 638/93<sup>(2)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 19a Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In der Verordnung (EWG) Nr. 1852/85 der Kommission  
vom 2. Juli 1985 mit Durchführungsbestimmungen im  
Hinblick auf die Freistellung der Mitgliedstaaten von der  
Verpflichtung, öffentliche Ankäufe bestimmter Obst- und  
Gemüsesorten durchzuführen<sup>(3)</sup>, sind die Angaben festge-  
legt, die die Mitgliedstaaten der Kommission übermitteln  
müssen, um auf Antrag von der Verpflichtung freigestellt  
zu werden, öffentliche Ankäufe gemäß Artikel 19a  
Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 vorzu-  
nehmen.

Diese Angaben müssen sich entweder auf den Anteil  
jedes der in Artikel 19a der Verordnung (EWG)  
Nr. 1035/72 genannten Erzeugnisse erstrecken, die über  
anerkannte Erzeugerorganisationen vermarktet werden,  
oder auf den Anteil an der Erzeugung der Erzeugnisse, die  
in den drei letzten Wirtschaftsjahren auf dem Hoheitsge-  
biet des betreffenden Mitgliedstaats geerntet worden sind.

Die Mitgliedstaaten haben diese Angaben übermittelt. Für  
das Wirtschaftsjahr 1993/94 sind die in der Verordnung

(EWG) Nr. 1852/85 vorgesehenen Freistellungs vorausset-  
zungen bei einigen Mitgliedstaaten und Erzeugnissen  
erfüllt. Diese Mitgliedstaaten, die einen Antrag gestellt  
haben, sollten deshalb von der Verpflichtung freigestellt  
werden, öffentliche Ankäufe vorzunehmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die nachstehenden Mitgliedstaaten sind von der  
Verpflichtung freigestellt, gemäß Artikel 19a der Verord-  
nung (EWG) Nr. 1035/72 öffentliche Ankäufe von Birnen  
in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. August 1993 und von  
Pflirsichen, Aprikosen, Tomaten bzw. Auberginen  
während des ganzen Wirtschaftsjahres 1993/94 vorzu-  
nehmen :

Belgien  
Dänemark  
Bundesrepublik Deutschland  
Irland  
Luxemburg  
Niederlande  
Vereinigtes Königreich.

Für Griechenland bezieht sich diese Ausnahme nur auf  
Birnen während der obengenannten Sommerperiode.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröf-  
fentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-  
schaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 7.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 174 vom 4. 7. 1985, S. 24.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1497/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 388/92, (EWG) Nr. 1727/92 und (EWG) Nr. 1728/92 mit besonderen Durchführungsbestimmungen zur Versorgung der französischen überseeischen Departements, der Azoren, Madeiras und der Kanarischen Inseln**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements<sup>(1)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3714/92 der Kommission<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 mit den zur Versorgung der Azoren und Madeiras mit bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu treffenden Sondermaßnahmen<sup>(3)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3714/92, insbesondere auf Artikel 10,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln<sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3714/92, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(5)</sup>, insbesondere auf Artikel 26 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 6 der Verordnungen (EWG) Nr. 388/92 der Kommission<sup>(6)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 688/93<sup>(7)</sup>, (EWG) Nr. 1727/92 der Kommission<sup>(8)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 686/93<sup>(9)</sup>, und (EWG) Nr. 1728/92 der Kommission<sup>(10)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 687/93<sup>(11)</sup>, wird die zu gewährende Beihilfe entsprechend dem Unterschied angepaßt, der zwischen den für das Getreide oder die Getreideerzeugnisse im Beantragungsmonat und in dem Monat geltenden Schwellenpreisen besteht, in dem die jeweilige Menge in der Beihilfebescheinigung abgebucht wird. Letzteres erfolgt im Fall der französischen überseeischen Departements gemäß Artikel 3 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 131/92 der

Kommission<sup>(12)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2132/92<sup>(13)</sup>, im Fall der Kanarischen Inseln bzw. der Azoren und Madeiras gemäß Artikel 4 Absatz 7 der Verordnungen (EWG) Nr. 1695/92<sup>(14)</sup> bzw. (EWG) Nr. 1696/92<sup>(15)</sup> der Kommission, beide geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2132/92. Diese Abbuchung wird am Bestimmungsort von den örtlichen Behörden bei Vorführung der betreffenden Erzeugnisse vorgenommen.

Die gemeinsamen Preise werden zum Wirtschaftsjahr 1993/94 stark gesenkt. Durch diese Maßnahme könnten die beim Wechsel der Wirtschaftsjahre durch Lieferverträge gebundenen Geschäftsleute benachteiligt werden, trägt man der Zeit Rechnung, die für eine Beförderung von Europa bis zu den französischen überseeischen Departements, den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln erforderlich ist. Von den betreffenden Bestimmungen sollte deshalb zur Erleichterung des Übergangs vom Wirtschaftsjahr 1992/93 auf das Wirtschaftsjahr 1993/94 abgewichen werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die mit Artikel 6 der Verordnungen (EWG) Nr. 388/92, (EWG) Nr. 1727/92 und (EWG) Nr. 1728/92 vorgesehene Anpassung wird nicht vorgenommen, wenn ein beteiligter Geschäftsmann den im Bestimmungsgebiet zuständigen Behörden überzeugend nachweist, daß er das Getreide oder die Getreideerzeugnisse, die er zur Abbuchung in der Beihilfebescheinigung vorführt, vor dem 1. Juli 1993 versandt hat.

Dieser Nachweis wird durch Vorlage des Frachtbriefs oder eines anderen, ausreichende Garantien bietenden und bei Versand ordnungsgemäß ausgestelltten Dokuments erbracht.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 378 vom 23. 12. 1992, S. 23.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 43 vom 19. 2. 1992, S. 16.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 73 vom 26. 3. 1993, S. 13.

<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 101.

<sup>(9)</sup> ABl. Nr. L 73 vom 26. 3. 1993, S. 10.

<sup>(10)</sup> ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 104.

<sup>(11)</sup> ABl. Nr. L 73 vom 26. 3. 1993, S. 12.

<sup>(12)</sup> ABl. Nr. L 15 vom 22. 1. 1992, S. 13.

<sup>(13)</sup> ABl. Nr. L 213 vom 29. 7. 1992, S. 25.

<sup>(14)</sup> ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 1.

<sup>(15)</sup> ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 6.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

---

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1498/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates  
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Reis<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 674/92<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 11  
Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 833/87 der  
Kommission vom 23. März 1987 mit Durchführungsbe-  
stimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 des  
Rates über die Einfuhren der Reissorte „aromatisierter  
langkörniger Basmati“ der KN-Codes 1006 10, 1006 20  
und 1006 30<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 674/91<sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Reis und Bruchreis anzuwen-  
denden Abschöpfungen sind durch die Verordnung

(EWG) Nr. 764/93 der Kommission<sup>(5)</sup>, zuletzt geändert  
durch die Verordnung (EWG) Nr. 1449/93<sup>(6)</sup>, festgesetzt  
worden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Abschöpfungen, die bei der Einfuhr der in Artikel 1  
Absatz 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EWG)  
Nr. 1418/76 genannten Erzeugnisse zu erheben sind, sind  
im Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1992, S. 7.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 80 vom 24. 3. 1987, S. 20.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 75 vom 21. 3. 1991, S. 29.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 79 vom 1. 4. 1993, S. 6.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 40.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen (°)		
	Regelung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 (°)	AKP Bangladesch (°) (°) (°)	Drittländer (außer AKP) (°)
1006 10 21	—	156,47	320,14
1006 10 23	—	175,06	357,33
1006 10 25	—	175,06	357,33
1006 10 27	268,00	175,06	357,33
1006 10 92	—	156,47	320,14
1006 10 94	—	175,06	357,33
1006 10 96	—	175,06	357,33
1006 10 98	268,00	175,06	357,33
1006 20 11	—	196,49	400,18
1006 20 13	—	219,73	446,66
1006 20 15	—	219,73	446,66
1006 20 17	335,00	219,73	446,66
1006 20 92	—	196,49	400,18
1006 20 94	—	219,73	446,66
1006 20 96	—	219,73	446,66
1006 20 98	335,00	219,73	446,66
1006 30 21	—	243,20	510,26
1006 30 23	—	317,37	658,51
1006 30 25	—	317,37	658,51
1006 30 27	493,88	317,37	658,51
1006 30 42	—	243,20	510,26
1006 30 44	—	317,37	658,51
1006 30 46	—	317,37	658,51
1006 30 48	493,88	317,37	658,51
1006 30 61	—	259,36	543,43
1006 30 63	—	340,61	705,93
1006 30 65	—	340,61	705,93
1006 30 67	529,45	340,61	705,93
1006 30 92	—	259,36	543,43
1006 30 94	—	340,61	705,93
1006 30 96	—	340,61	705,93
1006 30 98	529,45	340,61	705,93
1006 40 00	—	81,28	168,57

(°) Vorbehaltlich der Anwendung der Vorschriften der Artikel 12 und 13 der Verordnung (EWG) Nr. 715/90.

(°) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen bei der unmittelbaren Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in das überseeische Departement Réunion erhoben.

(°) Die Abschöpfung bei der Einfuhr von Reis in das überseeische Departement Réunion ist in Artikel 11a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 festgesetzt.

(°) Bei der Einfuhr von Reis, ausgenommen Bruchreis (KN-Code 1006 40 00), mit Ursprung in Bangladesch gilt die im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 3491/90 und (EWG) Nr. 862/91 festgelegte Abschöpfung.

(°) Bei der Einfuhr von Reis der Reissorte „aromatisierter, langkörniger Basmati“ gilt die im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 3877/86 festgelegte Abschöpfung.

(°) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden Erzeugnisse mit Ursprung in überseeischen Ländern und Gebieten abschöpfungsfrei eingeführt.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1499/93 DER KOMMISSION**  
**vom 18. Juni 1993**  
**zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis**  
**und Bruchreis**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates  
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Reis <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 674/92 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13  
Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Reis und  
Bruchreis hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 3862/92 der Kommission <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert  
durch die Verordnung (EWG) Nr. 1450/93 <sup>(4)</sup>, festgesetzt  
worden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden

Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,  
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben, abgeän-  
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Prämiensätze als Zuschlag zu den im voraus festge-  
setzten Abschöpfungen für die Einfuhren von Reis und  
Bruchreis mit Ursprung in Drittländern sind im Anhang  
festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1992, S. 7.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 390 vom 31. 12. 1992, S. 86.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 42.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Prämien als  
Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9
1006 10 21	0	0	0	—
1006 10 23	0	0	0	—
1006 10 25	0	0	0	—
1006 10 27	0	0	0	—
1006 10 92	0	0	0	—
1006 10 94	0	0	0	—
1006 10 96	0	0	0	—
1006 10 98	0	0	0	—
1006 20 11	0	0	0	—
1006 20 13	0	0	0	—
1006 20 15	0	0	0	—
1006 20 17	0	0	0	—
1006 20 92	0	0	0	—
1006 20 94	0	0	0	—
1006 20 96	0	0	0	—
1006 20 98	0	0	0	—
1006 30 21	0	0	0	—
1006 30 23	0	0	0	—
1006 30 25	0	0	0	—
1006 30 27	0	0	0	—
1006 30 42	0	0	0	—
1006 30 44	0	0	0	—
1006 30 46	0	0	0	—
1006 30 48	0	0	0	—
1006 30 61	0	0	0	—
1006 30 63	0	0	0	—
1006 30 65	0	0	0	—
1006 30 67	0	0	0	—
1006 30 92	0	0	0	—
1006 30 94	0	0	0	—
1006 30 96	0	0	0	—
1006 30 98	0	0	0	—
1006 40 00	0	0	0	0

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1500/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**über den Verkauf von Interventionsrindfleisch zur Ausfuhr nach der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 125/93<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Einige Interventionsstellen verfügen über größere Bestände an Interventionsfleisch. Wegen der hohen Kosten, die sich aus der Lagerung des Fleisches ergeben, ist eine Verlängerung der Lagerzeit zu vermeiden. Ein Teil dieses Fleisches sollte zum Verkauf angeboten werden zur Ausfuhr in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 der Kommission vom 5. September 1984 mit besonderen Einzelheiten für bestimmte Verkäufe von gefrorenem Rindfleisch aus Beständen der Interventionsstellen<sup>(3)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1809/87<sup>(4)</sup>, kann beim Verkauf von Rindfleisch aus Interventionsbeständen ein Verfahren in zwei Phasen angewandt werden. Nach der Verordnung (EWG) Nr. 2824/85 der Kommission vom 9. Oktober 1985 mit Durchführungsvorschriften für den Verkauf von entbeintem, gefrorenem Rindfleisch aus Interventionsbeständen, das zur Ausfuhr in unverarbeitetem Zustand, zerlegt und/oder erneut verpackt bestimmt ist<sup>(5)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 251/93<sup>(6)</sup>, dürfen bestimmte Erzeugnisse erneut verpackt werden.

Angesichts der Dringlichkeit und Besonderheit der Maßnahme sowie der Kontrollerfordernisse müssen außerdem besondere Durchführungsbestimmungen erlassen werden, die die während der Laufzeit der Maßnahme vorgesehene Mindestkaufmenge betreffen.

Die Vorder- und Hinterviertel aus Interventionsbeständen können in gewissen Fällen mehrfach umgelagert werden. Um eine ordentliche Aufmachung dieser Viertel zu ermöglichen und ihren Absatz zu fördern, sollte unter bestimmten Bedingungen ihre erneute Verpackung genehmigt werden.

Für die Ausfuhr des Fleisches muß eine Frist gesetzt werden, wobei Artikel 5 Buchstabe b) der Verordnung

(EWG) Nr. 2377/80 der Kommission vom 4. September 1980 über besondere Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3662/92<sup>(8)</sup>, zu berücksichtigen ist.

Zur Sicherstellung der Ausfuhr des verkauften Fleisches nach dem vorgesehenen Bestimmungsland sollte die Steigerung der Sicherheit gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 vorgesehen werden.

Damit sich die Ausfuhr reibungslos abwickeln läßt, sollte von mehreren, die Freigabe der für diese Kategorie zu stellenden Sicherheiten betreffenden Bestimmungen abgewichen werden.

Die zur Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse aus Beständen der Interventionsstellen fallen unter die Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 der Kommission<sup>(9)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 642/93<sup>(10)</sup>.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

(1) Es werden folgende Mengen zum Verkauf angeboten :

- 30 000 Tonnen Rindfleisch mit Knochen, die sich im Besitz der deutschen Interventionsstelle befinden ;
- 30 000 Tonnen Rindfleisch mit Knochen, die sich im Besitz der französischen Interventionsstelle befinden ;
- 10 000 Tonnen Rindfleisch ohne Knochen, die sich im Besitz der Interventionsstelle des Vereinigten Königreiches befinden ;
- 10 000 Tonnen Rindfleisch ohne Knochen, die sich im Besitz der irischen Interventionsstelle befinden.

(2) Diese Fleischmengen müssen nach einen oder mehrere der in Anhang I genannten GUS-Staaten ausgeführt werden.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Verordnung erfolgt der Verkauf gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 2539/84 und (EWG) Nr. 2824/85.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 18 vom 27. 1. 1993, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 238 vom 6. 9. 1984, S. 13.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 170 vom 30. 6. 1987, S. 23.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 268 vom 10. 10. 1985, S. 14.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 28 vom 5. 2. 1993, S. 47.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 241 vom 13. 9. 1980, S. 5.

<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 370 vom 19. 12. 1992, S. 43.

<sup>(9)</sup> ABl. Nr. L 301 vom 17. 10. 1992, S. 17.

<sup>(10)</sup> ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 14.

Die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 985/81 der Kommission<sup>(1)</sup> sind bei diesem Verkauf nicht anwendbar. Die zuständigen Behörden können jedoch zulassen, daß unter ihrer Aufsicht Vorder- und Hinterviertel mit Knochen in zerrissener oder verschmutzter Verpackung vor ihrer Anmeldung zum Versand bei der Abgangszollstelle mit einer neuen Verpackung der gleichen Art versehen werden.

(4) Qualität und Mindestpreise gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 sind in Anhang II aufgeführt.

(5) Ein Kaufangebot oder ein Kaufantrag ist nur gültig, wenn es/er

- sich auf Fleisch mit bzw. ohne Knochen erstreckt;
- eine Gesamtmenge von mindestens 10 000 Tonnen betrifft;
- Vorder- und Hinterviertel in gleicher Zahl umfaßt und für die angegebene Gesamtmenge Fleisch mit Knochen einen in Ecu ausgedrückten Stückpreis je Tonne angibt;
- sich bei dem Fleisch ohne Knochen auf eine Partie erstreckt, die sich aus allen in Anhang III Buchstabe a) oder b) gemäß der dort dargelegten Aufteilung genannten Teilstücken zusammensetzt, und sich bezüglich der so zusammengestellten Partie auf einen in Ecu ausgedrückten Stückpreis je Tonne bezieht.

(6) Zur Erfüllung der Bedingungen gemäß Absatz 5 kann der Marktbeteiligte bezüglich des Fleisches mit Knochen in mehreren Mitgliedstaaten Teilangebote einreichen. In diesem Fall enthalten die Angebote beziehungsweise die Kaufanträge einen in Ecu ausgedrückten einheitlichen Preis.

Nach Einreichung des Angebots oder Kaufantrags sendet der Marktbeteiligte fernschriftlich eine Abschrift seines Angebots an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Abteilung VI/D2, rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel (Telex 22037 AGREC B, Telefax (02) 296 60 27).

(7) Die Interventionsstellen schließen die Verkaufsverträge erst nach schriftlicher Genehmigung durch die Kommission unter besonderer Berücksichtigung der Absätze 5 und 6.

(8) Berücksichtigt werden für die Ausschreibung nur Angebote, die spätestens am 23. Juni 1993 um 12 Uhr bei den betreffenden Interventionsstellen eingehen.

(9) Einzelheiten über Mengen und Lagerorte der Erzeugnisse sind für Kaufinteressenten bei den im Anhang IV angegebenen Adressen erhältlich.

#### Artikel 2

Die Erzeugnisse nach Artikel 1 sind innerhalb von fünf Monaten nach Abschluß des Kaufvertrags mit der Interventionsstelle auszuführen.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 99 vom 10. 4. 1981, S. 38.

#### Artikel 3

(1) Der Betrag der in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 vorgesehenen Sicherheit beläuft sich auf 30 ECU/100 kg.

(2) Die in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2539/84 vorgesehene Sicherheit beträgt

- 300 ECU/100 kg Fleisch mit Knochen,
- 500 ECU/100 kg Fleisch ohne Knochen.

#### Artikel 4

(1) Für das im Rahmen dieser Verordnung verkaufte Fleisch wird keine Ausfuhrerstattung gewährt.

Der in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 genannte Abholschein, die Ausfuhranmeldung und gegebenenfalls das Kontroll Exemplar T 5 werden durch folgenden Vermerk vervollständigt:

Productos de intervención sin restitución [Reglamento (CEE) n° 1500/93];

Interventionsvarer uden restitution [Forordning (EØF) nr. 1500/93];

Interventionserzeugnisse ohne Erstattung [Verordnung (EWG) Nr. 1500/93];

Προϊόντα παρεμβάσεως χωρίς επιστροφή [Κανονισμός (ΕΟΚ) αριθ. 1500/93];

Intervention products without refund [Regulation (EEC) No 1500/93];

Produits d'intervention sans restitution [Règlement (CEE) n° 1500/93];

Prodotti d'intervento senza restituzione [Regolamento (CEE) n. 1500/93];

Produkten uit interventievoorraden zonder restitutie [Verordening (EEG) nr. 1500/93];

Produtos de intervenção sem restituição [Reglamento (CEE) n° 1500/93].

(2) Im Zusammenhang mit der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Sicherheit stellt die Einhaltung der Bestimmungen von Absatz 1 ebenfalls eine Hauptforderung im Sinne von Artikel 20 der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 der Kommission<sup>(2)</sup> dar.

Abweichend von Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 wird ein Teil der Sicherheit jedoch freigegeben, wenn nachgewiesen ist, daß die Erzeugnisse die Bestimmungen nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a), b) oder c) der genannten Verordnung erreicht haben. Dieser Teil entspricht der ursprünglich geleisteten, um 165 ECU/100 kg Erzeugnisgewicht verringerten Sicherheit.

#### Artikel 5

Diese Verordnung tritt am 23. Juni 1993 in Kraft.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 205 vom 3. 8. 1985, S. 5.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*  
René STEICHEN  
*Mitglied der Kommission*

---

*ANHANG I*

**GUS-Staaten**

Armenien  
Weißrußland  
Kasachstan  
Kirgistan  
Moldawien  
Rußland  
Tadschikistan  
Turkmenistan  
Ukraine  
Usbekistan

---

ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II — ANNEX II — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II — ANEXO II

Estado miembro Medlemsstat Mitgliedstaat Κράτος μέλος Member State État membre Stato membro Lid-Staat Estado-membro	Productos Produkte Erzeugnisse Προϊόντα Products Produits Prodotti Produkten Produtos	Cantidades (toneladas) Mængde (tons) Mengen (Tonnen) Ποσότητες (τόνοι) Quantities (tonnes) Quantités (tonnes) Quantità (tonnellate) Hoeveelheid (ton) Quantidade (toneladas)	Precio mínimo expresado en ecus por tonelada Mindstepriser i ECU/ton Mindestpreise, ausgedrückt in ECU/Tonne Ελάχιστες τιμές πώλησεως εκφραζόμενες σε Ecu τόνο Minimum prices expressed in ecus per tonne Prix minimaux exprimés en écus par tonne Prezzi minimi espressi in ecu per tonnellata Minimumprijzen uitgedrukt in ecu per ton Preço mínimo expresso em ecus por tonelada
Bundesrepublik Deutschland	— Vorderviertel, stammend von : Kategorien A/C, Klassen U, R und O	15 000	485
	— Hinterviertel, stammend von : Kategorien A/C, Klassen U, R und O	15 000	485
France	— Quartiers avant, provenant de : Catégorie A/C, classes U, R et O	15 000	485
	— Quartiers arrière, provenant de : Catégorie A/C, classes U, R et O	15 000	485
United Kingdom	— Boned cuts from : Category C, classes U, R and O	10 000	700 (1)
Ireland	— Boned cuts from : Category C, classes U, R and O	10 000	700 (1)

(1) Precio mínimo por cada tonelada de producto de acuerdo con la distribución contemplada en el Anexo III.

(1) Minimumpris pr. ton produkt efter fordelingen i bilag III.

(1) Mindestpreis je Tonne des Erzeugnisses gemäß der in Anhang III angegebenen Zusammensetzung.

(1) Ελάχιστη τιμή ανά τόνο προϊόντος σύμφωνα με την κατανομή που αναφέρεται στο παράρτημα III.

(1) Minimum price per tonne of products made up according to the percentages referred to in Annex III.

(1) Prix minimum par tonne de produit selon la répartition visée à l'annexe III.

(1) Prezzo minimo per tonnellata di prodotto secondo la ripartizione indicata nell'allegato III.

(1) Minimumprijzen per ton produkt volgens de in bijlage III aangegeven verdeling.

(1) Preço mínimo por tonelada de produto segundo a repartição indicada no anexo III.

ANEXO III — BILAG III — ANHANG III — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙΙ — ANNEX III —  
ANNEXE III — ALLEGATO III — BIJLAGE III — ANEXO III

Distribución del lote contemplado en el cuarto guión del apartado 5 del artículo 1

Fordeling af det i artikel 1, stk. 5, fjerde led, omhandlede parti

Zusammensetzung der in Artikel 1 Absatz 5 vierter Gedankenstrich genannten Partie

Κατανομή της παρτίδας που αναφέρεται στο άρθρο 1 παράγραφος 5 τετάρτη περίπτωση

Repartition of the lot meant in the fourth subparagraph of Article 1 (5)

Répartition du lot visé à l'article 1<sup>er</sup> paragraphe 5 quatrième tiret

Composizione della partita di cui all'articolo 1, paragrafo 5, quarto trattino

Verdeling van de in artikel 1, lid 5, vierde streepje, bedoelde partij

Repartição do lote referido no n.º 5, quarto travessão, do artigo 1.º

Estado miembro Medlemsstat Mitgliedstaat Κράτος μέλος Member State État membre Stato membro Lid-Staat Estado-membro	Cortes Udskæringer Teilstücke Τεμάχια Cuts Découpes Tagli Deelstukken Cortes	Porcentaje en peso Vægtprocent Gewichtsanteile Ποσοστό του βάρους Weight percentage Pourcentage du poids Percentuale del peso % van het totaalgewicht Percentagem do peso
a) UNITED KINGDOM	Striploin Topside Silverside Thick flank Rumps Forerib Clod and sticking Pony Pony parts Shin and shank Forequarter flank Thin flank Brisket	6,1 % 9,3 % 8,7 % 6,6 % 5,8 % 4,0 % 9,3 % 21,7 % 1,0 % 6,9 % 5,9 % 9,0 % 5,7 % <hr/> 100,0 %
b) IRELAND	Striploins Insides Outsides Knuckles Rumps Cube rolls Briskets Forequarters Shins/shanks Plates/Flanks	5,5 % 9,1 % 8,6 % 5,4 % 5,6 % 2,8 % 5,2 % 30,3 % 6,4 % 21,1 % <hr/> 100,0 %

*ANEXO IV — BILAG IV — ANHANG IV — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ IV — ANNEX IV — ANNEXE IV —  
ALLEGATO IV — BIJLAGE IV — ANEXO IV*

**Direcciones de los organismos de intervención — Interventionsorganernes adresser —  
Anschriften der Interventionsstellen — Διευθύνσεις των οργανισμών παρεμβάσεως — Addresses  
of the intervention agencies — Adresses des organismes d'intervention — Indirizzi degli  
organismi d'intervento — Adressen van de interventiebureaus — Endereços dos organismos de  
intervenção**

- DEUTSCHLAND :** Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM)  
Geschäftsbereich 3 (Fleisch und Fleischerzeugnisse)  
Postfach 180 107 — Adickesallee 40  
D-6000 Frankfurt am Main 18 (1. 7. 1993 : D-6023)  
Tel. (069) 1 56 47 72/3  
Telex : 04 11 156, Telefax : 069 15 64 791  
Teletext 69 90 732
- FRANCE :** OFIVAL  
Tour Montparnasse  
33, avenue du Maine  
F-75755 Paris Cedex 15  
Tél. : 45 38 84 00, télex : 205476
- IRELAND :** Department of Agriculture, Food and Forestry  
Agriculture House  
Kildare Street  
Dublin 2  
Tel. (01) 678 90 11, ext. 2278 and 3806  
Telex 93292 and 93607, telefax (01) 6616263, (01) 6785214 and (01) 6620198
- UNITED KINGDOM :** Intervention Board for Agricultural Produce  
Fountain House  
2 Queens Walk  
Reading RG1 7QW  
Berkshire  
Tel. (0734) 58 36 26  
Telex 848 302, telefax : (0734) 56 67 50
-

## VERORDNUNG (EWG) Nr. 1501/93 DER KOMMISSION

vom 18. Juni 1993

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1453/93 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in Argentinien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates  
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 638/93 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 1453/93 der Kom-  
mission <sup>(3)</sup> ist eine Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von  
frischen Zitronen mit Ursprung in Argentinien einge-  
führt worden.Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72  
hat die Bedingungen festgelegt, unter denen eine inAnwendung des Artikels 25 der genannten Verordnung  
festgesetzte Ausgleichsabgabe geändert wird. Aufgrund  
dieser Bedingungen wird die Ausgleichsabgabe bei der  
Einfuhr von frischen Zitronen mit Ursprung in Argenti-  
nien geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Der in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1453/93  
erwähnte Betrag von 4,71 ECU wird durch den Betrag  
von 9,51 ECU ersetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 7.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 49.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1502/93 DER KOMMISSION**  
**vom 18. Juni 1993**  
**zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates  
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Zucker <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 3814/92 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 16 Absatz  
8,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates  
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und  
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-  
denden Umrechnungskurse <sup>(3)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker zu  
erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung  
(EWG) Nr. 789/93 der Kommission <sup>(4)</sup>, zuletzt geändert  
durch die Verordnung (EWG) Nr. 1489/93 <sup>(5)</sup>, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)  
Nr. 789/93 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben,

von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer  
Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen wie  
im Anhang zu dieser Verordnung angegeben.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-  
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung der  
Abschöpfungen bei den floatenden Währungen der im  
Referenzzeitraum vom 17. Juni 1993 festgestellte reprä-  
sentative Marktkurs anzuwenden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG)  
Nr. 1785/81 genannten Abschöpfungen auf Rohzucker  
der Standardqualität und auf Weißzucker sind im Anhang  
festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 7.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 79 vom 1. 4. 1993, S. 66.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 147 vom 18. 6. 1993, S. 16.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

(ECU/100 kg)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag <sup>(2)</sup>
1701 11 10	35,14 <sup>(1)</sup>
1701 11 90	35,14 <sup>(1)</sup>
1701 12 10	35,14 <sup>(1)</sup>
1701 12 90	35,14 <sup>(1)</sup>
1701 91 00	44,33
1701 99 10	44,33
1701 99 90	44,33 <sup>(2)</sup>

<sup>(1)</sup> Nach den Bestimmungen des Artikels 2 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 837/68 der Kommission berechneter Abschöpfungsbetrag.

<sup>(2)</sup> Dieser Betrag gilt gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 außerdem für aus Weiß- und Rohzucker gewonnenen Zucker, dem andere Stoffe als Aroma- oder Farbstoffe zugesetzt sind.

<sup>(3)</sup> Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten keine Abschöpfungen erhoben.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1503/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1738/92 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 16  
Absatz 4 zweiter Unterabsatz vierter Satz,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die Grundregeln für die  
Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von  
Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des  
Erstattungsbetrags <sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Betrag, um den die Erstattung für Getreide berichtigt  
wird, ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 1285/93 der  
Kommission <sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EWG)  
Nr. 1342/93 <sup>(5)</sup>, festgesetzt worden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe und unter Berücksichtigung der  
voraussichtlichen Marktentwicklung ist es erforderlich,  
den zur Zeit geltenden Betrag, um den die Erstattung für  
Getreide berichtigt wird, abzuändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Der Betrag, um den die nach Artikel 16 Absatz 4 der  
Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Erstattungen für Getreide zu berichtigen sind, festgesetzt  
im Anhang der geänderten Verordnung (EWG)  
Nr. 1285/93, wird wie im Anhang angegeben geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 131 vom 28. 5. 1993, S. 45.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 132 vom 29. 5. 1993, S. 38.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 18. Juni 1993 zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(ECU / Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9	4. Term. 10	5. Term. 11	6. Term. 12
0709 90 60 000	—	—	—	—	—	—	—	—
0712 90 19 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 00 200	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 00 400	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 91 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 99 000	01	0	0	0	0	0	—	—
1002 00 00 000	01	0	0	0	0	0	—	—
1003 00 10 000	01	0	0	0	0	0	—	—
1003 00 20 000	01	0	0	0	0	0	—	—
1003 00 80 000	01	0	0	0	0	0	—	—
1004 00 00 200	—	—	—	—	—	—	—	—
1004 00 00 400	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 10 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 90 00 000	01	0	0	0	- 70,00	- 70,00	—	—
1007 00 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1008 20 00 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 100	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 130	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 150	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 170	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 180	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 190	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 500	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 700	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 30 200	01	0	0	0	0	0	0	0
1103 11 30 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 50 200	01	0	0	0	0	0	0	0
1103 11 50 400	01	0	0	0	0	0	0	0
1103 11 50 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 90 200	01	0	0	0	0	0	0	0
1103 11 90 800	—	—	—	—	—	—	—	—

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

01 alle Drittländer.

NB : Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 2145/92 der Kommission (ABl. Nr. L 214 vom 30. 7. 1992, S. 20) bestimmt sind.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1504/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**zur Festsetzung der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates  
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und  
die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-  
denden Umrechnungskurse<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 3  
Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die landwirtschaftlichen Umrechnungskurse wurden mit  
der Verordnung (EWG) Nr. 1336/93 der Kommission<sup>(2)</sup>  
festgesetzt.Nach Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG)  
Nr. 3813/92 werden, wenn der absolute Wert der Diffe-  
renz zwischen den Abweichungen der Währungen zweier  
Mitgliedstaaten im letzten Referenzzeitraum mehr als vier  
Punkte übersteigt, die zwei Punkte übersteigenden  
Währungsabweichungen im Fall der betreffenden  
Mitgliedstaaten sofort auf zwei Punkte verringert. Nach  
Artikel 1 Buchstabe f) der Verordnung (EWG)  
Nr. 3813/92 versteht man unter „Währungsabweichung“  
den Prozentsatz des landwirtschaftlichen Umrechnungs-  
kurses, der der Differenz zwischen diesem Kurs und dem  
repräsentativen Marktkurs entspricht.Zur Bestimmung der repräsentativen Marktkurse werden  
Referenzzeiträume zugrunde gelegt, die gemäß der  
Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission vom  
30. April 1993 mit Durchführungsvorschriften für die  
Bestimmung und Anwendung der im Agrarsektor verwen-  
deten Umrechnungskurse<sup>(3)</sup> zu bestimmen sind.Beträgt der absolute Wert der Differenz zwischen den  
Abweichungen der Währungen zweier Mitgliedstaaten bei  
Zugrundelegung des Durchschnitts der auf Ecu lautenden  
Notierungen von drei Werktagen hintereinander mehr als  
6 Punkte, so gilt nach Artikel 2 der Verordnung (EWG)  
Nr. 1068/93 folgendes :— Die repräsentativen Marktkurse der betreffenden  
Währungen werden unter Berücksichtigung der  
betreffenden drei Arbeitstage berichtet,

und

— der betreffende Basisreferenzzeitraum beginnt an dem  
auf diese drei Arbeitstage folgenden Tag.Unter Berücksichtigung der im Referenzzeitraum vom 11.  
bis 20. Juni 1993 festgestellten Wechselkurse muß für die  
italienische Lira und die griechische Drachme ein neuer  
landwirtschaftlicher Umrechnungskurs festgesetzt werden.Nach Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EWG)  
Nr. 1068/93 wird ein im voraus festgesetzter landwirt-  
schaftlicher Umrechnungskurs angepaßt, wenn er um  
mehr als vier Punkte gegenüber dem landwirtschaftlichen  
Umrechnungskurs abweicht, der am Tag des für den  
betreffenden Betrag maßgebenden Tatbestands gilt. In  
diesem Fall wird der im voraus festgesetzte landwirtschaft-  
liche Umrechnungskurs dem geltenden Kurs bis auf vier  
Punkte angenähert. Es ist der Kurs zu bestimmen, der  
den im voraus festgesetzten landwirtschaftlichen Umrech-  
nungskurs ersetzt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die landwirtschaftlichen Umrechnungskurse sind in  
Anhang I festgesetzt.*Artikel 2*In dem in Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EWG)  
Nr. 1068/93 genannten Fall wird der im voraus festge-  
setzte landwirtschaftliche Umrechnungskurs ersetzt durch  
den gegenüber dem Ecu geltenden Kurs der betreffenden  
Währung,

- der in Tabelle A des Anhangs II genannt ist, wenn  
letzterer den im voraus festgesetzten Kurs übersteigt,  
oder
- der in Tabelle B des Anhangs II genannt ist, wenn  
letzterer niedriger ist als der im voraus festgesetzte  
Kurs.

*Artikel 3*

Die Verordnung (EWG) Nr. 1336/93 wird aufgehoben.

*Artikel 4*

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 1993 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 132 vom 29. 5. 1993, S. 125.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*  
René STEICHEN  
*Mitglied der Kommission*

ANHANG I

Landwirtschaftliche Umrechnungskurse

1 ECU =	48,5563	bfrs/lfrs
	8,97989	Dkr
	2,35418	DM
	315,843	Dr
	182,744	Pta
	7,89563	ffrs
	0,957268	Ir£
	2 191,78	Lit
	2,65256	hfl
	222,758	Esc
	0,959111	£Stg

ANHANG II

Im voraus festgesetzte und angepaßte landwirtschaftliche Umrechnungskurse

Tabelle A			Tabelle B		
1 ECU =	46,6888	bfrs/lfrs	1 ECU =	50,5795	bfrs/lfrs
	8,63451	Dkr		9,35405	Dkr
	2,26363	DM		2,45227	DM
	303,695	Dr		329,003	Dr
	175,715	Pta		190,358	Pta
	7,59195	ffrs		8,22461	ffrs
	0,920450	Ir£		0,997154	Ir£
	2 107,48	Lit		2 283,10	Lit
	2,55054	hfl		2,76308	hfl
	214,190	Esc		232,040	Esc
	0,922222	£Stg		0,999074	£Stg

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 1505/93 DER KOMMISSION**

vom 18. Juni 1993

**mit Sondermaßnahmen zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 650/93 im Sektor Schweinefleisch**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 650/93 der  
Kommission vom 19. März 1993 über besondere Bestim-  
mungen für die Gewährung von Beihilfen für die private  
Lagerhaltung auf dem Schweinefleischsektor<sup>(1)</sup>, insbeson-  
dere auf Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Eine Überprüfung der sich ergebenden Lage hat gezeigt,  
daß eine übermäßige Inanspruchnahme der mit der  
Verordnung (EWG) Nr. 650/93 eingeführten Lagerbeihil-  
fenregelung Risiken beinhaltet. Es empfiehlt sich deshalb,  
die Anwendung der genannten Verordnung auszusetzen  
und den unerledigten Anträgen nicht stattzugeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

- (1) Die Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 650/93 wird vom 19. bis 25. Juni 1993 ausgesetzt.
- (2) Die vor diesem Aussetzungszeitraum gestellten, in diesem Zeitraum gegebenenfalls zu genehmigenden Anträge werden abgelehnt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im  
*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juni 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

---

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 32.

## II

*(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)*

## RAT

## ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 26. Mai 1993

zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen

(93/357/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3 zweiter und dritter Gedankenstrich und auf Artikel 17,

auf Vorschlag der Kommission,

auf Antrag Spaniens,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Richtlinie 77/93/EWG darf Holz von Koniferen (Coniferales) — außer Holz von Thuja L. —, ausgenommen Holz in Form von

- Plättchen oder Schnitzeln, Holzabfällen oder Holzausschuß, das ganz oder teilweise aus diesen Koniferen gewonnen wurde,
- Kisten, Verschlägen und Trommeln,
- Flach- und Boxpaletten sowie anderen Ladungsträgern,
- Stauholz, Zwischenholz und Trägern,

jedoch einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat, mit Ursprung in Kanada, China, Japan, Korea, Taiwan und den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Gefahr der

Einschleppung von Schadorganismen nur dann in die Gemeinschaft verbracht werden, wenn es einer geeigneten Wärmebehandlung unterzogen wurde, um 30 Minuten lang eine Holzkerntemperatur von mindestens 56 °C zu erzielen, und es von den Zeugnissen gemäß Artikel 7 oder 8 der genannten Richtlinie begleitet ist, wobei diese Vorschriften ab 1. Juni 1993 anwendbar sind.

Holz von Koniferen mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika wird gegenwärtig in die Gemeinschaft eingeführt. Für solches Holz wird in den Vereinigten Staaten in der Regel kein Pflanzengesundheitszeugnis ausgestellt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen zusätzliche wissenschaftliche Angaben über die Anfälligkeit der Holzarten gegen die Kiefernholz-nematode (*Bursaphelenchus xylophilus*) übermitteln. Diese Angaben müssen sich auf eine eingehende Erhebung in den Vereinigten Staaten von Amerika gründen. Eine solche Erhebung braucht Zeit.

Es erscheint gerechtfertigt, die vorgeschriebene Wärmebehandlung schrittweise einzuführen, um den Vereinigten Staaten von Amerika die Übermittlung vorgenannter Angaben und erforderlichenfalls die Anwendung der genannten Wärmebehandlung zu ermöglichen. Daher sollten die Bedingungen für die Wärmebehandlung von Nadelholz — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — erst ab 1. Oktober 1993 gelten.

Aufgrund der von den Vereinigten Staaten übermittelten und der dort 1990 auf einer Dienstreise gesammelten Erkenntnisse hat die Kommission festgestellt, daß es dort ein amtlich genehmigtes und kontrolliertes Programm zur Ausstellung von „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen“ (Certificates of Debarking and

(<sup>1</sup>) ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/19/EWG (ABl. Nr. L 96 vom 22. 4. 1993, S. 33).

Grub Hole Control) gibt, das eine geeignete Entrindung gewährleisten und die von Schadorganismen ausgehende Gefahr verringern soll. Die Gefahr der Ausbreitung von Schadorganismen ist gering, wenn dem Holz eine im Rahmen dieses Programms ausgestellte „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung“ beigefügt ist.

Die Kommission wird dafür sorgen, daß die Vereinigten Staaten alle technischen Angaben zugänglich machen, die erforderlich sind, um das Funktionieren des Programms für die Ausstellung von Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen zu beurteilen.

Der Ständige Ausschuß für Pflanzenschutz hat innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist eine ablehnende Stellungnahme abgegeben —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

#### Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — unter den Bedingungen von Absatz 2 Ausnahmen von Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe a) dritter Gedankenstrich der Richtlinie 77/93/EWG hinsichtlich der Anforderungen von Anhang IV Teil A Abschnitt I Nummer 1.1 sowie von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b) der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen.

(2) Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

a) Das Holz darf nach Entrinden, Kantschnitt, Sortierung und Brettauswahl keinerlei Rinde mehr aufweisen und muß frei von Wurmlöchern sein. Als Rinde gilt der äußere Teil des Holzes, der von rindenbürtigen Insekten oder anderen Schadorganismen aller Entwicklungsstufen besiedelt werden kann. Hierunter fallen nicht:

- der innere Teil der Rinde (Bast),
- Rindeneinschlüsse, vor allem um Astknoten herum,
- Rinden- oder Harztaschen gemäß den Definitionen der nationalen Sortierungsregeln für Nadelholz (National grading rules for softwood dimension lumber).

Wurmlöcher sind von holzfressenden Insekten der Gattung *Monochamus* verursachte Fraßgänge mit einem Durchmesser von über 3 mm.

b) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderungen in den Sägewerken ist von Sortierern überprüft worden, die hierzu ausgebildet und im Rahmen eines vom Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten, Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle,

(Animal and Plant Health Inspection Service, US Department of Agriculture) genehmigten und überwachten Programms ermächtigt sind.

- c) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderungen in den Sägewerken ist von Betriebsinspektoren oder ihren Bevollmächtigten kontrolliert worden, die hierzu ausgebildet und vom Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten, Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle, ermächtigt sind. Die Kontrollregelung sieht ferner vor, daß das Holz vor dem Verschiffen von Inspektoren des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten, Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle, stichprobenweise kontrolliert wird.
- d) Das Holz wird von einer gemäß dem Programm unter Buchstabe b) standardisierten Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung (Certificate of Debarcking and Grub Hole Control) nach dem Muster im Anhang dieser Entscheidung begleitet, die von einem Bevollmächtigten im Namen der Sägewerke ausgestellt wurde, die vom Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten, Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle, zur Teilnahme an diesem Programm zugelassen sind; die Bescheinigung ist entsprechend den im Rahmen des Programms geltenden Anweisungen auszufüllen.

#### Artikel 2

Unbeschadet von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie 77/93/EWG unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle im Rahmen dieser Entscheidung erfolgten Warensendungen, die den Bedingungen von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und d) nicht entsprechen.

#### Artikel 3

Die Ermächtigung gemäß Artikel 1 gilt vom 1. Juni bis 30. September 1993. Dieser Zeitpunkt ist der letztmögliche Zeitpunkt der Einfuhr in die Gemeinschaft. Die Ermächtigung wird widerrufen, wenn entweder festgestellt wird, daß die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Bedingungen nicht ausreichen, um die Einschleppung von Schadorganismen zu verhindern, oder daß diese Bedingungen nicht eingehalten wurden.

#### Artikel 4

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 26. Mai 1993.

Im Namen des Rates

Der Präsident

B. WESTH

<p><b>CERTIFICATE OF DEBARKING AND GRUB HOLE CONTROL</b></p> <p><b>Issued in the U.S.A.</b></p>	CERTIFICATE NUMBER  <hr/> BILL OF LADING NUMBER
---	---

NAME AND ADDRESS OF SUPPLYING MILL	NAME AND ADDRESS OF CONSIGNEE <i>(Optional)</i>
------------------------------------	---

DESCRIPTION OF CONSIGNMENT	VOLUME
INDICATE SPECIES, GRADE MARKS, OR OTHER IDENTIFYING MARKS. ALSO, INDICATE NUMBER OF PACKAGES AND BOARD FEET/CUBIC METERS BY LOT <i>(Lot number and volume are required)</i> .	

*The lumber in this shipment has been examined by a mill inspector or other authorized person and found to have been stripped of its bark and to be free of grub holes ; and, to the best of his/her knowledge and belief, to be in conformance with the import requirements of the receiving country.*

*This document is issued under a programme officially approved by the Animal and Plant Health Inspection Service, U.S. Department of Agriculture. The products covered by this document are subject to preshipment inspection by that Agency. No liability shall be attached to the U.S. Department of Agriculture or to any officer or representative of the Department with respect to this certificate.*

AUTHORIZED PERSON RESPONSIBLE FOR CERTIFICATION			
NAME <i>(Print)</i>	SIGNATURE	TITLE	DATE

AGENCY VALIDATION		
AUTHORIZED SIGNATURE	TITLE	DATE



## ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 26. Mai 1993

**zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in Kanada — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen**

(93/358/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3 zweiter und dritter Gedankenstrich und auf Artikel 17,

auf Vorschlag der Kommission,

auf Antrag Spaniens,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Richtlinie 77/93/EWG darf Holz von Koniferen (Coniferales) — außer Holz von Thuja L. —, ausgenommen Holz in Form von

- Plättchen oder Schnitzeln, Holzabfällen oder Holzausschuß, das ganz oder teilweise aus diesen Koniferen gewonnen wurde,
- Kisten, Verschlagen und Trommeln,
- Flach- und Boxpaletten sowie andere Ladungsträgern,
- Stauholz, Zwischenholz und Trägern,

jedoch einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat, mit Ursprung in Kanada, China, Japan, Korea, Taiwan und den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Gefahr der Einschleppung von Schadorganismen nur dann in die Gemeinschaft verbracht werden, wenn es einer geeigneten Wärmebehandlung unterzogen wurde, um 30 Minuten lang eine Holzkerntemperatur von mindestens 56 °C zu erzielen, und es von den Zeugnissen gemäß Artikel 7 oder 8 der genannten Richtlinie begleitet ist, wobei diese Vorschriften ab 1. Juni 1993 anwendbar sind.

Holz von Koniferen mit Ursprung in Kanada wird gegenwärtig in die Gemeinschaft eingeführt. Für solches Holz wird in Kanada in der Regel kein Pflanzengesundheitszeugnis ausgestellt.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/19/EWG (AbI. Nr. L 96 vom 22. 4. 1993, S. 33).

Kanada muß zusätzliche wissenschaftliche Angaben über die Anfälligkeit der Holzarten gegen die Kiefernholzneematode (*Bursaphelenchus xylophilus*) übermitteln. Diese Angaben müssen sich auf eine eingehende Erhebung in den kanadischen Wäldern gründen. Eine solche Erhebung braucht Zeit.

Es erscheint gerechtfertigt, die vorgeschriebene Wärmebehandlung schrittweise einzuführen, um Kanada die Übermittlung vorgenannter Angaben und erforderlichenfalls die Anwendung der genannten Wärmebehandlung zu ermöglichen. Daher sollten die Bedingungen für die Wärmebehandlung von Nadelholz — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — erst ab 1. Oktober 1993 gelten.

Aufgrund der von Kanada übermittelten Erkenntnisse hat die Kommission festgestellt, daß es dort ein amtlich genehmigtes und kontrolliertes Programm zur Ausstellung von „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen“ (Certificates of Debarking and Grub Hole Control) gibt, das eine geeignete Entrindung gewährleistet und die von Schadorganismen ausgehende Gefahr verringern soll. Die Gefahr der Ausbreitung von Schadorganismen ist gering, wenn dem Holz eine im Rahmen dieses Programms ausgestellte „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung“ beigelegt ist.

Die Kommission wird dafür sorgen, daß Kanada alle technischen Angaben zugänglich macht, die erforderlich sind, um das Funktionieren des Programms für die Ausstellung von Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen zu beurteilen.

Der Ständige Ausschuss für Pflanzenschutz hat innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist eine ablehnende Stellungnahme abgegeben —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

### *Artikel 1*

- (1) Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, für Holz von Koniferen (Coniferales) mit Ursprung in Kanada — außer Holz von Thuja L. und Pinus L. sowie Pinus L. enthaltende Mischungen — unter den Bedingungen von Absatz 2 Ausnahmen von Artikel 5 Absatz 1 und

Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe a) dritter Gedankenstrich der Richtlinie 77/93/EWG hinsichtlich der Anforderungen von Anhang IV Teil A Abschnitt I Nummer 1.1 sowie von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b) der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen.

(2) Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein :

a) Das Holz darf nach Entrinden, Kantschnitt, Sortierung und Brettauswahl keinerlei Rinde mehr aufweisen und muß frei von Wurmlöchern sein. Als Rinde gilt der äußere Teil des Holzes, der von rindenbürtigen Insekten oder anderen Schadorganismen aller Entwicklungsstufen besiedelt werden kann. Hierunter fallen nicht :

- der innere Teil der Rinde (Bast),
- Rindeneinschlüsse, vor allem um Astknoten herum,
- Rinden- oder Harztaschen gemäß den Definitionen der nationalen Sortierungsregeln für Nadelschnittholz (National grading rules for softwood dimension lumber).

Wurmlöcher sind von holzfressenden Insekten der Gattung *Monochamus* verursachte Fraßgänge mit einem Durchmesser von über 3 mm.

- b) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderungen in den Sägewerken ist von Sortierern überprüft worden, die hierzu ausgebildet und im Rahmen eines vom kanadischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Pflanzenschutz, (Agriculture Canada, Plant Protection Division) genehmigten und überwachten Programms ermächtigt sind.
- c) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderungen in den Sägewerken ist von Betriebsinspektoren oder ihren Bevollmächtigten kontrolliert worden, die hierzu ausgebildet und vom kanadischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Pflanzenschutz, ermächtigt sind. Die Kontrollregelung sieht ferner vor, daß das Holz vor dem Verschiffen von Inspektoren des kanadischen Landwirtschaftsministeriums, Abteilung Pflanzenschutz, stichprobenweise kontrolliert wird.
- d) Das Holz wird von einer gemäß dem Programm unter Buchstabe b) standardisierten Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung (Certificate of Debarbing and Grub Hole Control) nach dem Muster im Anhang dieser Entscheidung begleitet, die von einem

Bevollmächtigten im Namen der Sägewerke ausgestellt wurde, die vom kanadischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Pflanzenschutz, zur Teilnahme an diesem Programm zugelassen sind ; die Bescheinigung ist entsprechend den im Rahmen des Programms geltenden Anweisungen auszufüllen.

Wurde die Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung für einen Reeder ausgestellt, so stützt sie sich auf Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen, die ihm von den zugelassenen Sägewerken zur Verfügung gestellt wurden, aus denen das Holz stammt, und/oder auf in eigener Verantwortung durchgeführte Kontrollen.

#### Artikel 2

Unbeschadet von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie 77/93/EWG unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle im Rahmen dieser Entscheidung erfolgten Warensendungen, die den Bedingungen von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und d) nicht entsprechen.

#### Artikel 3

Die Ermächtigung gemäß Artikel 1 gilt vom 1. Juni bis 30. September 1993 ; dieser Zeitpunkt ist der letztmögliche Zeitpunkt der Einfuhr in die Gemeinschaft. Die Ermächtigung wird früher widerrufen, wenn entweder festgestellt wird, daß die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Bedingungen nicht ausreichen, um die Einschleppung von Schadorganismen zu verhindern, oder daß diese Bedingungen nicht eingehalten wurden.

#### Artikel 4

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 26. Mai 1993.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

B. WESTH

**CERTIFICATE OF DEBARKING AND GRUB  
HOLE CONTROL**

**CERTIFICAT D'ÉCORÇAGE DU BOIS ET DE CONTRÔLE  
DES TROUS DE VERS**

Exporter (Name and address) Exportateur (nom et adresse)		Import entry reference Référence d'entrée aux douanes		Certificate No / N° de certificat	
				Date (of / d'inspection/certification)	
Consignee (Name and address) Destinataire (nom et adresse)		Buyer Contract No N° du contrat de l'acheteur		Lot No / N° du lot	
		Mill (Name and address) Scierie (nom et adresse)		Mill No (agency logo / no) N° de scierie (logo de l'organisme / n°)	
Ship name / Nom du navire		Country of origin / Pays d'origine <b>CANADA</b>		Country of destination / Pays destinataire	
Point of loading / Lieu de chargement	Port of exit / Port de départ		Port of destination / Port destinataire		
Description of consignment / Description du chargement					
[Empty space for description of consignment]					
This document has been issued under the programme officially approved by Agriculture Canada, Plant Protection Division, and the products covered by this document are subject to occasional pre-shipment inspection by that agency, without financial liability to it or its officers.			Ce document a été délivré en vertu du programme officiellement approuvé par la division de la protection des végétaux d'Agriculture Canada. Les produits indiqués sur ce document peuvent être inspectés à l'occasion par cet organisme avant l'expédition sans qu'aucune responsabilité financière ne soit imputée à l'organisme ou à ses agents.		
This lumber has been examined by a mill inspector, shipper, or other authorized person and found to have been stripped of its bark and to be free of grub holes to conform to the best of their knowledge and belief with the import requirements of the receiving country.			Ce bois débité a été examiné par un inspecteur de scierie, expéditeur ou autre personne autorisée et est certifié avoir été écorcé pour se conformer, au meilleur de la connaissance de la personne susmentionnée, aux exigences du pays importateur en ce qui concerne l'écorçage et la surveillance des trous de vers du bois importé.		
Authorized person responsible for certification - Personne autorisée responsable du certificat au nom de la scierie/de l'expéditeur					
Print / En majuscules		and / et		Signature	
				date	

## USE OF CERTIFICATE (AGR 3809)

● Shall only be issued by grading agencies, mills or shippers approved by Agriculture Canada.

● Shaded areas are for optional use of mill, agency or shipper, exporter or importing country.

**Exporter** - for optional use of exporter.

**Consignee** - for optional use of exporter.

**Import entry reference** - for use by country to which document is directed.

**Contract No** - the buyer contract number.

**Certificate No** - refers to a number to be assigned by the authorized issuing mill/shipper/ agency. Each certificate must bear an individual number so as to clearly identify each individual certificate. This is required by Agriculture Canada.

**Date of inspection/certification** - refers to the date on which the inspection and certification occurred.

**Lot No** - refers to the mill lot number of the lumber.

**Mill** - refers to the mill name or division and provides the address. This information may be pre-printed on to the certificate.

**Mill No (or Shipper No)** - refers to an approval number assigned by Agriculture Canada to approved participants in the programme. To avoid confusion the number may correspond to mill numbers as provided by grading agencies. Only mill/shippers/agencies listed with and approved by Agriculture Canada may participate in the programme. The mill number may be pre-printed on to the certificate. It consists of two parts, a grading agency logo and a number.

**Ship name** - for optional use of exporter.

**Point of loading** - for optional use of exporter.

**Port of exit** - for optional use of exporter.

**Port of destination** - for optional use of exporter.

**Country of origin** - Canada.

**Country of destination** - these certificates may only be used for lumber destined for countries who have approved their use.

**Description of consignment** - must include information on the species, marks, grades, numbers of packages, lot or bundle numbers, volume and other appropriate descriptors. If space on the form is insufficient, attach additional pages, and indicate on face of certificate, in the 'Description of consignment' block the number of supplementary pages appended. These additional pages must bear the mill number, certificate number and signature.

If an aggregated consignment is based on numerous certificates, list individual certificate numbers (i.e. mill numbers, certificate numbers and dates) on the single certificate describing the aggregated consignment. The individual certificates need not accompany the goods. This single certificate constitutes a re-certification.

**Name and signature** - the name of the person responsible for the certificate programme at the mill or for the shipper or the agency, shall print, or legibly write or type their name beside the signature block. The authorized accountable person for the mill/shipper/ agency should sign the certificate. The signature indicates the lumber has been properly debarked, subjected to *Monochamus* grub hole control, inspected and meets the importing country's requirements.

**Disposition of certificate** - the original certificate must be presented to the competent authorities in the importing country when the lumber is landed. Issuers must retain copies for their records and for auditing purposes by Agriculture Canada.

**Production/printing of certificate** - approved participants must print their certificates exactly as the standard format illustrates. They may be printed electronically. The approved mill number may be pre-printed on the documents.

AGR 3809 (89/09)

## USAGE DU CERTIFICAT (AGR 3809)

● Ne doit être émis que par les organismes de classements, scieries ou expéditeurs approuvés et répertoriés par Agriculture Canada.

● Tous les espaces ombragés sont réservés à l'usage facultatif de la scierie, de l'organisme de l'expéditeur, de l'exportateur ou du pays importateur.

**Exportateur** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Destinataire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Référence d'entrée aux douanes** - À l'usage facultatif du pays de destination du certificat.

**Numéro du contrat** - Numéro du contrat de l'acheteur.

**Numéro du certificat** - Se réfère à un numéro devant être assigné par la scierie ou l'expéditeur approuvé. Chaque certificat doit avoir un numéro individuel qui l'identifie. C'est une exigence d'Agriculture Canada.

**Date d'inspection/certification** - Date à laquelle l'inspection et la certification du bois scié ont eu lieu.

**Numéro du lot** - Numéro du lot du bois débité assigné par la scierie.

**Scierie** - Le nom de la scierie ou de la division, y compris l'adresse. Ces renseignements peuvent être imprimés à l'avance sur le certificat.

**Numéro de la scierie (ou numéro de l'expéditeur)** - Numéro d'approbation assigné par Agriculture Canada aux participants au programme. Afin d'éviter toute confusion, le numéro peut correspondre au numéro de scierie assigné par les organismes de classement. Seuls les scieries et les expéditeurs répertoriés et approuvés par Agriculture Canada peuvent participer au programme. Le numéro de scierie peut être imprimé à l'avance sur le certificat. Il est composé de deux parties, le logo de l'organisme et un chiffre.

**Nom du navire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Lieu de chargement** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Port de départ** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Port destinataire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Pays d'origine** - Canada.

**Pays destinataire** - Ces certificats ne peuvent être utilisés que pour le bois débité destiné aux pays qui ont approuvé leur usage.

**Description du chargement** - Doit inclure les renseignements au sujet des espèces, marques, catégories, nombre de paquets, numéros de lot, volume et autres descriptions appropriées. Si l'espace sur la formule n'est pas suffisant, ajouter des pages supplémentaires et indiquer sur le certificat dans la case « Description du chargement » le nombre de pages que vous avez ajoutées. Ces dernières doivent porter le numéro de la scierie, le numéro du certificat et la signature autorisée.

Si le chargement est constitué de plusieurs chargements accompagnés de certificats individuels, inscrire les numéros des certificats (c.-à-d. les numéros de la scierie et les numéros des certificats et dates) sur le certificat qui décrit l'ensemble du chargement. Il n'est pas nécessaire d'envoyer les certificats individuels, car cela constituerait une deuxième certification.

**Nom et signature** - La personne responsable du programme de certificat à la scierie ou le représentant de l'expéditeur ou l'organisme de classement doit imprimer, écrire lisiblement ou dactylographier son nom à côté de la case réservée à la signature. Elle doit également signer le certificat, à titre de personne autorisée au nom de la scierie ou de l'expéditeur. La signature indique que le bois a été écorcé convenablement, que les trous de vers de *Monochamus* ont été contrôlés, qu'il a été inspecté et qu'il satisfait aux exigences du pays importateur.

**Destination du certificat** - Le certificat original doit être présenté aux officiels compétents dans le pays importateur quand le bois est déchargé dans le pays. Les émetteurs des certificats doivent eux-mêmes en garder une copie pour leurs dossiers et aux fins de vérification par Agriculture Canada.

**Production et impression des certificats** - Les scieries et les expéditeurs doivent assurer la reproduction exacte des certificats, à partir du certificat normalisé. Il est permis de les imprimer électroniquement. Il est également permis d'imprimer à l'avance le numéro approuvé de la scierie.

# KOMMISSION

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 28. Mai 1993

zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen

(93/359/EWG)

### DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/19/EWG<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3 dritter Gedankenstrich,

auf Antrag der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Richtlinie 77/93/EWG darf Holz von Thuja L. (einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat) mit Ursprung in China, Japan, Kanada, Korea, Taiwan und den Vereinigten Staaten von Amerika nur dann in die Gemeinschaft verbracht werden, wenn es von den Zeugnissen gemäß Artikel 7 oder 8 der genannten Richtlinie begleitet wird sowie entrindet und frei von Wurmlochern ist, die von der Gattung *Monochamus* (nichteuropäisch) spp. hervorgerufen werden.

Holz von Thuja L. mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika wird gegenwärtig in die Gemeinschaft eingeführt. Für solches Holz wird in den Vereinigten Staaten in der Regel kein Pflanzengesundheitszeugnis ausgestellt.

Aufgrund der von den Vereinigten Staaten übermittelten und der dort 1990 auf einer Inspektionsreise gesammelten Erkenntnisse hat die Kommission festgestellt, daß es dort ein amtlich genehmigtes und überwachtes Programm zur Ausstellung von „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen“ (Certificates of Debarking and Grub Hole Control) gibt, das eine geeignete Entrindung gewährleistet und die von Schadorganismen ausgehende Gefahr verringern soll. Die Gefahr der Ausbreitung von Schador-

ganismen ist gering, wenn dem Holz eine im Rahmen dieses Programms ausgestellte „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung“ beigelegt ist.

Die Kommission wird dafür Sorge tragen, daß die Vereinigten Staaten alle technischen Angaben zugänglich machen, die erforderlich sind, um das Funktionieren des Programms für die Ausstellung von Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen zu beurteilen.

Diese Ermächtigung sollte bis spätestens 1. April 1995 überprüft werden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzenschutz —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, für Holz von Thuja L. (einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat) mit Ursprung in den Vereinten Staaten von Amerika unter den Bedingungen von Absatz 2 Ausnahmen von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b) der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen.

(2) Dazu müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- a) Die Einhaltung der Anforderungen von Anhang IV Teil A Abschnitt I Punkt 1.4 der Richtlinie 77/93/EWG ist von Sortierern überprüft worden, die hierzu ausgebildet und im Rahmen eines Programms befugt sind, das vom Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten, Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle (Animal and Plant Health Inspection Service), genehmigt und überwacht worden ist.
- b) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderung in den Sägewerken ist von Betriebsinspektoren oder ihren Bevollmächtigten kontrolliert worden, die hierzu ausgebildet und von der genannten Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle ermächtigt sind.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 96 vom 22. 4. 1993, S. 33.

Die Kontrollregelung sieht ferner vor, daß das Holz vor dem Verschiffen von Inspektoren der Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle stichprobenweise kontrolliert wird.

- c) Das Holz wird von einer gemäß dem Programm unter Buchstabe a) standardisierten Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung nach dem Muster im Anhang dieser Entscheidung begleitet, die von einem Bevollmächtigten im Namen der Sägewerke ausgestellt wurde, die von der genannten Abteilung Tier- und Pflanzenschutzkontrolle zur Teilnahme an diesem Programm zugelassen sind; die Bescheinigung muß entsprechend den im Rahmen des Programms geltenden Anweisungen ausgefüllt sein.

#### *Artikel 2*

Unbeschadet von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie 77/93/EWG unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle gemäß dieser Entscheidung erfolgten Warensendungen,

die den Bedingungen von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und c) nicht entsprechen.

#### *Artikel 3*

Die Ermächtigung gemäß Artikel 1 gilt ab 1. Juni 1993. Sie wird widerrufen, wenn festgestellt wird, daß die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Bedingungen entweder nicht ausreichen, um die Einschleppung von Schadorganismen zu verhindern, oder daß sie nicht eingehalten wurden. Die Ermächtigung wird spätestens am 1. April 1995 überprüft.

#### *Artikel 4*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 28. Mai 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

<p><b>CERTIFICATE OF DEBARKING AND GRUB HOLE CONTROL</b></p> <p><b>Issued in the U.S.A.</b></p>	CERTIFICATE NUMBER  <hr/> BILL OF LADING NUMBER
---	---

NAME AND ADDRESS OF SUPPLYING MILL	NAME AND ADDRESS OF CONSIGNEE <i>(Optional)</i>
------------------------------------	---

DESCRIPTION OF CONSIGNMENT	VOLUME
INDICATE SPECIES, GRADE MARKS, OR OTHER IDENTIFYING MARKS. ALSO, INDICATE NUMBER OF PACKAGES AND BOARD FEET/CUBIC METERS BY LOT <i>(Lot number and volume are required)</i> .	

*The lumber in this shipment has been examined by a mill inspector or other authorized person and found to have been stripped of its bark and to be free of grub holes; and, to the best of his/her knowledge and belief, to be in conformance with the import requirements of the receiving country.*

*This document is issued under a programme officially approved by the Animal and Plant Health Inspection Service, U.S. Department of Agriculture. The products covered by this document are subject to preshipment inspection by that Agency. No liability shall be attached to the U.S. Department of Agriculture or to any officer or representative of the Department with respect to this certificate.*

AUTHORIZED PERSON RESPONSIBLE FOR CERTIFICATION			
NAME <i>(Print)</i>	SIGNATURE	TITLE	DATE

AGENCY VALIDATION		
AUTHORIZED SIGNATURE	TITLE	DATE



## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 28. Mai 1993

**zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Holz von Thuja L. mit Ursprung in Kanada Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 77/93/EWG des Rates vorzusehen**

(93/360/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/19/EWG<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3 dritter Gedankenstrich,

auf Antrag der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß der Richtlinie 77/93/EWG darf Holz von Thuja L. (einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat) mit Ursprung in China, Japan, Kanada, Korea, Taiwan und den Vereinigten Staaten von Amerika nur dann in die Gemeinschaft verbracht werden, wenn es von den Zeugnissen gemäß Artikel 7 oder 8 der genannten Richtlinie begleitet wird sowie entrindet und frei von Wurmlöchern ist, die von der Gattung *Monochamus* (nichteuropäisch) spp. hervorgerufen werden.

Holz von Thuja L. mit Ursprung in Kanada wird gegenwärtig in die Gemeinschaft eingeführt. Für solches Holz wird in Kanada in der Regel kein Pflanzengesundheitszeugnis ausgestellt.

Aufgrund der derzeit vorliegenden Informationen hat die Kommission festgestellt, daß es in Kanada ein amtlich genehmigtes und überwachtes Programm zur Ausstellung von „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen“ (Certificates of Debarking and Grub Hole Control) gibt, das eine geeignete Entrindung gewährleistet und die von Schadorganismen ausgehende Gefahr verringern soll. Die Gefahr der Ausbreitung von Schadorganismen ist gering, wenn dem Holz eine im Rahmen dieses Programms ausgestellte „Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung“ beigefügt ist.

Die Kommission wird dafür Sorge tragen, daß Kanada alle technischen Angaben zugänglich macht, die erforderlich sind, um das Funktionieren des Programms für

die Ausstellung von Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen zu beurteilen.

Diese Ermächtigung sollte bis spätestens 1. April 1995 überprüft werden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzenschutz —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

### *Artikel 1*

(1) Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, für Holz von Thuja L. (einschließlich des Holzes, das seine natürliche Oberflächenrundung nicht behalten hat) mit Ursprung in Kanada unter den Bedingungen von Absatz 2 Ausnahmen von Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b) der Richtlinie 77/93/EWG vorzusehen.

(2) Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein :

- a) Die Einhaltung der Anforderungen von Anhang IV Teil A Abschnitt I Punkt 1.4 der genannten Richtlinie ist von Sortierern überprüft worden, die hierzu ausgebildet und im Rahmen eines Programms befugt sind, das vom kanadischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Pflanzenschutz, (Agriculture Canada, Plant Protection Division) genehmigt und überwacht worden ist.
- b) Die Einhaltung der in Buchstabe a) genannten Anforderungen in den Sägewerken ist von Betriebsinspektoren oder ihren Bevollmächtigten bzw. im Hafen von Schiffsinspektoren kontrolliert worden. Beide müssen hierzu ausgebildet und vom kanadischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Pflanzenschutz, ermächtigt sein. Die Kontrollregelung sieht ferner vor, daß das Holz vor dem Verschiffen von Inspektoren der genannten Abteilung Pflanzenschutz stichprobenweise kontrolliert wird.
- c) Das Holz wird von einer gemäß dem Programm unter Buchstabe a) standardisierten Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung nach dem Muster im Anhang begleitet, die von einem Bevollmächtigten im Namen der Sägewerke oder Reedereien ausgestellt wurde, die von der genannten Abteilung Pflanzenschutz zur Teilnahme an diesem Programm zugelassen sind; die Bescheinigung ist entsprechend den im Rahmen des Programms geltenden Anweisungen auf der Rückseite des Vordrucks auszufüllen.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 96 vom 22. 4. 1993, S. 33.

Wurde die Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigung für einen Reeder ausgestellt, so stützt sie sich auf Entrindungs- und Wurmlochkontrollbescheinigungen, die ihm von den zugelassenen Sägewerken zur Verfügung gestellt wurden, und/oder auf in eigener Verantwortung durchgeführte Kontrollen.

*Artikel 2*

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie 77/93/EWG unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle gemäß dieser Entscheidung erfolgten Warensendungen, die den Bedingungen von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und c) nicht entsprechen.

*Artikel 3*

Die Ermächtigung gemäß Artikel 1 gilt ab 1. Juni 1993. Sie wird widerrufen, wenn festgestellt wird, daß die in

Artikel 1 Absatz 2 genannten Bedingungen entweder nicht ausreichen, um die Einschleppung von Schadorganismen zu verhindern, oder daß sie nicht eingehalten wurden. Die gewährte Ermächtigung wird spätestens am 1. April 1995 überprüft.

*Artikel 4*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 28. Mai 1993

*Für die Kommission*

René STEICHEN

*Mitglied der Kommission*

**CERTIFICATE OF DEBARKING AND GRUB  
HOLE CONTROL**

**CERTIFICAT D'ÉCORÇAGE DU BOIS ET DE CONTRÔLE  
DES TROUS DE VERS**

Exporter (Name and address) Exportateur (nom et adresse)		Import entry reference Référence d'entrée aux douanes	Certificate No / N° de certificat	
			Date (of / d'inspection/certification)	
Consignee (Name and address) Destinataire (nom et adresse)		Mill (Name and address) Scierie (nom et adresse)	Lot No / N° du lot	
			Buyer Contract No N° du contrat de l'acheteur	
Ship name / Nom du navire		Country of origin / Pays d'origine <b>CANADA</b>	Country of destination / Pays destinataire	
Point of loading / Lieu de chargement	Port of exit / Port de départ		Port of destination / Port destinataire	
Description of consignment / Description du chargement				
[Empty space for description of consignment]				
This document has been issued under the programme officially approved by Agriculture Canada, Plant Protection Division, and the products covered by this document are subject to occasional pre-shipment inspection by that agency, without financial liability to it or its officers.		Ce document a été délivré en vertu du programme officiellement approuvé par la division de la protection des végétaux d'Agriculture Canada. Les produits indiqués sur ce document peuvent être inspectés à l'occasion par cet organisme avant l'expédition sans qu'aucune responsabilité financière ne soit imputée à l'organisme ou à ses agents.		
This lumber has been examined by a mill inspector, shipper, or other authorized person and found to have been stripped of its bark and to be free of grub holes to conform to the best of their knowledge and belief with the import requirements of the receiving country.		Ce bois débité a été examiné par un inspecteur de scierie, expéditeur ou autre personne autorisée et est certifié avoir été écorcé pour se conformer, au meilleur de la connaissance de la personne susmentionnée, aux exigences du pays importateur en ce qui concerne l'écorçage et la surveillance des trous de vers du bois importé.		
Authorized person responsible for certification - Personne autorisée responsable du certificat au nom de la scierie/de l'expéditeur				
Print / En majuscules		and / et	Signature	
			date	

## USE OF CERTIFICATE (AGR 3809)

● Shall only be issued by grading agencies, mills or shippers approved by Agriculture Canada.

● Shaded areas are for optional use of mill, agency or shipper, exporter or importing country.

**Exporter** - for optional use of exporter.

**Consignee** - for optional use of exporter.

**Import entry reference** - for use by country to which document is directed.

**Contract No** - the buyer contract number.

**Certificate No** - refers to a number to be assigned by the authorized issuing mill/shipper/ agency. Each certificate must bear an individual number so as to clearly identify each individual certificate. This is required by Agriculture Canada.

**Date of inspection/certification** - refers to the date on which the inspection and certification occurred.

**Lot No** - refers to the mill lot number of the lumber.

**Mill** - refers to the mill name or division and provides the address. This information may be pre-printed on to the certificate.

**Mill No (or Shipper No)** - refers to an approval number assigned by Agriculture Canada to approved participants in the programme. To avoid confusion the number may correspond to mill numbers as provided by grading agencies. Only mill/shippers/agencies listed with and approved by Agriculture Canada may participate in the programme. The mill number may be pre-printed on to the certificate. It consists of two parts, a grading agency logo and a number.

**Ship name** - for optional use of exporter.

**Point of loading** - for optional use of exporter.

**Port of exit** - for optional use of exporter.

**Port of destination** - for optional use of exporter.

**Country of origin** - Canada.

**Country of destination** - these certificates may only be used for lumber destined for countries who have approved their use.

**Description of consignment** - must include information on the species, marks, grades, numbers of packages, lot or bundle numbers, volume and other appropriate descriptors. If space on the form is insufficient, attach additional pages, and indicate on face of certificate, in the 'Description of consignment' block the number of supplementary pages appended. These additional pages must bear the mill number, certificate number and signature.

If an aggregated consignment is based on numerous certificates, list individual certificate numbers (i.e. mill numbers, certificate numbers and dates) on the single certificate describing the aggregated consignment. The individual certificates need not accompany the goods. This single certificate constitutes a re-certification.

**Name and signature** - the name of the person responsible for the certificate programme at the mill or for the shipper or the agency, shall print, or legibly write or type their name beside the signature block. The authorized accountable person for the mill/shipper/ agency should sign the certificate. The signature indicates the lumber has been properly debarked, subjected to *Monochamus* grub hole control, inspected and meets the importing country's requirements.

**Disposition of certificate** - the original certificate must be presented to the competent authorities in the importing country when the lumber is landed. Issuers must retain copies for their records and for auditing purposes by Agriculture Canada.

**Production/printing of certificate** - approved participants must print their certificates exactly as the standard format illustrates. They may be printed electronically. The approved mill number may be pre-printed on the documents.

## USAGE DU CERTIFICAT (AGR 3809)

● Ne doit être émis que par les organismes de classements, scieries ou expéditeurs approuvés et répertoriés par Agriculture Canada.

● Tous les espaces ombragés sont réservés à l'usage facultatif de la scierie, de l'organisme de l'expéditeur, de l'exportateur ou du pays importateur.

**Exportateur** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Destinataire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Référence d'entrée aux douanes** - À l'usage facultatif du pays de destination du certificat.

**Numéro du contrat** - Numéro du contrat de l'acheteur.

**Numéro du certificat** - Se réfère à un numéro devant être assigné par la scierie ou l'expéditeur approuvé. Chaque certificat doit avoir un numéro individuel qui l'identifie. C'est une exigence d'Agriculture Canada.

**Date d'inspection/certification** - Date à laquelle l'inspection et la certification du bois scié ont eu lieu.

**Numéro du lot** - Numéro du lot du bois débité assigné par la scierie.

**Scierie** - Le nom de la scierie ou de la division, y compris l'adresse. Ces renseignements peuvent être imprimés à l'avance sur le certificat.

**Numéro de la scierie (ou numéro de l'expéditeur)** - Numéro d'approbation assigné par Agriculture Canada aux participants au programme. Afin d'éviter toute confusion, le numéro peut correspondre au numéro de scierie assigné par les organismes de classement. Seuls les scieries et les expéditeurs répertoriés et approuvés par Agriculture Canada peuvent participer au programme. Le numéro de scierie peut être imprimé à l'avance sur le certificat. Il est composé de deux parties, le logo de l'organisme et un chiffre.

**Nom du navire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Lieu de chargement** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Port de départ** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Port destinataire** - À l'usage facultatif de l'exportateur.

**Pays d'origine** - Canada.

**Pays destinataire** - Ces certificats ne peuvent être utilisés que pour le bois débité destiné aux pays qui ont approuvé leur usage.

**Description du chargement** - Doit inclure les renseignements au sujet des espèces, marques, catégories, nombre de paquets, numéros de lot, volume et autres descriptions appropriées. Si l'espace sur la formule n'est pas suffisant, ajouter des pages supplémentaires et indiquer sur le certificat dans la case « Description du chargement » le nombre de pages que vous avez ajoutées. Ces dernières doivent porter le numéro de la scierie, le numéro du certificat et la signature autorisée.

Si le chargement est constitué de plusieurs chargements accompagnés de certificats individuels, inscrire les numéros des certificats (c.-à-d. les numéros de la scierie et les numéros des certificats et dates) sur le certificat qui décrit l'ensemble du chargement. Il n'est pas nécessaire d'envoyer les certificats individuels, car cela constituerait une deuxième certification.

**Nom et signature** - La personne responsable du programme de certificat à la scierie ou le représentant de l'expéditeur ou l'organisme de classement doit imprimer, écrire lisiblement ou dactylographier son nom à côté de la case réservée à la signature. Elle doit également signer le certificat, à titre de personne autorisée au nom de la scierie ou de l'expéditeur. La signature indique que le bois a été écorcé convenablement, que les trous de vers de *Monochamus* ont été contrôlés, qu'il a été inspecté et qu'il satisfait aux exigences du pays importateur.

**Destination du certificat** - Le certificat original doit être présenté aux officiels compétents dans le pays importateur quand le bois est déchargé dans le pays. Les émetteurs des certificats doivent eux-mêmes en garder une copie pour leurs dossiers et aux fins de vérification par Agriculture Canada.

**Production et impression des certificats** - Les scieries et les expéditeurs doivent assurer la reproduction exacte des certificats, à partir du certificat normalisé. Il est permis de les imprimer électroniquement. Il est également permis d'imprimer à l'avance le numéro approuvé de la scierie.